

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.



Bezugspreis: für West und auswärts halbjährlich RM. 2,00, vierteljährlich RM. 6,00 rest Hansa. Druck der Post bezogen zuglänglich postal. Bezugsstelle. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6609 und 6610 — Postfachkonto Leipzig 20612

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 9. Oktober

Anzeigenpreis: Die Zeile, 35 mm breite Main-Druckgröße 20 1/2. Die Spalte, 90 mm breite Main-Druckgröße 60 1/2. Zusatz: Erklärungen Halle-Saale, Elbente Berliner Schriftleitung. — Verlaas an Druck post Otto Elbente, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Clemenceau erklärte, daß er sofort, nachdem die Kammerarbeiten vollzogen seien, zurücktreten werde.

* Die ukrainische Regierung hat an Denikin den Krieg erklärt.

* Das erste deutsche Handelsdampfschiff ist in New-York eingetroffen.

* Das bulgarische Kabinett ist zurückgetreten, außerdem hat die bulgarische Regierung um Fristverlängerung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages nachgesucht.

* Aus Madrid wird gemeldet, daß die in Ferrol internierten Spannschiffe von „L. 23“ und „L. 28“ freigelassen wurden.

Dor dem Rücktritt Clemenceaus

Verfaßtes, 9. Oktober.

Nach „Main“ erklärte Ministerpräsident Clemenceau einigen Journalisten, die wegen Wahlangelegenheiten bei ihm erschienen waren, er habe nicht, man solle ihn am kommenden Dienstag, wenn das Gesetz über die Neuwahlen zur Beratung kommen werde, zurücktreten. Er bleibe dabei, daß die Kammerarbeiten vor allen anderen vorgenommen werden müssen, und er werde deshalb auch die Vertrauensfrage stellen. Er wolle, nachdem die Wahlen vollzogen seien, zurücktreten. Er werde vor den Wahlen seine Debatte über die Politik der Regierung aufnehmen, denn die zukünftige Politik zu bestimmen, sei weder seine Sache noch die seiner Ministerkollegen, die notwendigerweise mit ihrem Chef zurücktreten würden.

Der Heimtransport aus Frankreich

Genf, 9. Oktober.

Das rote Kreuz teilt mit, daß die allgemeinen deutschen Kriegstransporte aus Frankreich, nach Mitteilung der französischen Regierung, am 27. Oktober und 2. November abgehen werden. Es werden 432 000 deutsche Ostjungen aus Frankreich heimtransportiert werden.

Der Metallarbeiterstreik

Berlin, 9. Oktober.

In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung der Metallarbeiterverbände erklärte der Vorkomitee der Reichsverbandskommission, nach einem Bericht über die Streiklage. Da man immer wieder versagt habe, den Streik der Metallarbeiter als einen politischen hinzustellen, habe man die Streikbewegungen einzuwirken, die streikende Arbeiter zu unterstützen. Man verleihe die tüchtigste Hilfe, die im Einklang mit der Metallarbeiter in Berlin zu bringen. Darin beteilige sich auch der Reichsverband der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Parteileitung habe ihre Mitglieder aufzufordern, sich zur Unterstützung der Arbeiter für die Streikenden einzusetzen. In drei Tagen seien von der Arbeiterkraft 100 000 Mark für die Streikenden aufgebracht worden. Die abends stattgefundene Sitzung der Gewerkschaftskommission in Berlin werde sich am nächsten Freitag, eine Verhandlungsbasis zu schaffen, bevor sie sich zur nächsten Sitzung am Freitag verschieben werde. Über alle Vermittlungsversuche würden bezugslos sein. Gestern nachmittag habe der Reichsverband in Berlin einen neuen Vermittlungsausschuß an die Reichsverbandskommission übergeben, zu dem nicht Stellung genommen werden konnte. Berlin sei noch geschlagen, daß beide Parteien in den einzelnen Berufsgruppen zusammenzutreten sollten, um diese in die Schlichtungsbüro der Reichsverbandskommission einzubringen. Die Schlichtungsbüro solle die für die Schlichtung nötige Formung bestimmen. Wenn keine Verhandlungsbasis erzielt würde, solle ein im Einklang mit beiden Parteien vom Reichsverbandskommissionar beauftragter Sonderkommissionar aufgeben. Die Verhandlungen sollen am 11. Oktober beginnen. Es wurde beschlossen, es der Reichsverbandskommission zu überlassen, ob sie auf Grund ihres Beschlusses eine Resolution annehmen, die die Eröffnung ausdrückt, daß der Verband der Deutschen Metallarbeiterverbände sich einmütig an den Boden der Kampfenden Arbeiter

stelle und der fünfjährig-Dauermission des Verbands ausdrückt. Gestern abend fand eine Sitzung der Gewerkschaftskommission statt, deren Beschlüsse geheimgehalten werden. Morgen früh wird eine Proklamation an die Arbeiterkraft erlassen werden.

Ueber die Streikfrage teilt die Streikleitung mit, daß die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten um weitere 3500 Mann gestiegen sei. 40 Firmen der Metallindustrie hätten die Forderungen des Metallarbeiterverbandes unterzeichnet und demzufolge sei die Arbeit in diesen Betrieben wieder aufgenommen worden. Dieser wird uns mitgeteilt, daß es sich hierbei nur um kleine und kleinste Betriebe handeln kann, die nur wenige Arbeiter beschäftigen und dem Verband der Metallindustriellen nicht angehören.

Gestern um die Mittagsstunde kam es, wie uns berichtet wird, vor dem Geschäftsbereich der Siemens & Halske A.-G. in Charlottenburg erneut zu Ausschreitungen. Ausschreitungen, darunter ein junger Arbeiter, die längs der Straße der Metallarbeiter, dieses wieder betreten wollten, wurde die junge Dame mit einem schweren Steinwurf von oben getroffen und lag längere Zeit im Bewußtloszustand. Die Metallarbeiter ermittelten sich, Straftäter zu stellen.

Der Spandauer Stahlblech-Verband wurde gestern abend, wie angeführt, um 8 Uhr durch die Streikleitung der Metallarbeiter und die Spandauer Metallarbeiter der Straßenaufsicht abgemittelt. Der Stahlblech-Verband vollständig im Dunkel, die Streikenden kam nicht weiter, und auch das städtische Kammeramt ist stillgelegt. Dieser kam es zu einem Zwischenfall. Auf Betreiben der Gewerkschaft wurde die Reichsverbandskommission herangezogen. Auch die Straßenbahnen und Mäxchen müssen von der städtischen Polizei befreit werden.

Dom englischen Metallarbeiterstreik

Amerikaner, 9. Oktober.

Zeit „Telegraph“ nimmt der schon 14 Tage dauernde Ausstand den 50000 englischen Metallarbeitern immer ernsteren Formen an. Die „Times“ schreiben aus Manchester, man müßte mit der Gefahr rechnen, daß eine Million Arbeiter der Metallindustrie auf Arbeitseinstellung gezwungen werden könnten.

Die Regierungskrise in Bayern

München, 9. Oktober.

Seitens sollen die Landesverbände der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) und der Demokratischen Partei zur Regierungsbildung entschlossen Stellung nehmen. Wie wir erfahren wird vorläufiglich die Forderung der Bayerischen Volkspartei dahin gehen, den Antrag der Sozialdemokratie, daß sie an ihrer Stelle die Führung in der Regierung übernehmen solle, als nicht gerechtfertigt abzulehnen, mit dem gleichzeitigen Ausdruck der Bereitwilligkeit, weiterhin in der Koalitionsregierung mitzuarbeiten unter der Voraussetzung, daß der mehrheitssozialistische Ministerpräsident Hoffman an sich eine Regierungsbildung zu eigen macht, die mehr als bisher auch auf die Befriedigung der Wählerkraft der Bayerischen Volkspartei Rücksicht nimmt. Wird die Erfüllung dieses Verlangens abgelehnt, so bleibt nur die Auflösung des Landtages. Auch die Demokratische Partei wird ihrerseits die Übernomme der Verantwortung durch die Bayerische Volkspartei als unannehmlich erklären mit dem Hinweis, daß nur Neuwahlen eine andere Parteikonstellation in der Regierung bringen können. Nach Lage der Dinge ist demnach zu erwarten, daß Ministerpräsident Hoffman die Führung der Regierung beibehält.

Die Wirren im Baltikum

Eigene Drahtmeldung der „S.“

Mitau, 9. Oktober.

So weit sich die heute überlegen läßt, hat der Anmarsch der Reichsregierung an die deutschen Truppen im Baltikum eine völlige Wirtung hervorgerufen. Während ein Teil der Truppen sich unter dem Einfluß der russischen von der Golt bereit gefunden hat, das Baltikum zu räumen, hat sich bei einem anderen Teil die Stimmung dadurch verschlechtert, daß den in russische Dienste übergetretenen Soldaten Strafen in Aussicht gestellt wurden und mit dem Reichsverbandskommissionar gebrochen wurde. Gerade diese Verschönerung hat die gegenwärtige Wirkung gehabt, als von der Regierung beauftragt war.

Aus Riga wird gemeldet: Eine fünfzehntägige Mannhafte Abteilung der Jägerregimenter 9 und 10, die in der Nähe von Riga sich aufhalten, sind von russischen Truppen zu lösen, über die Grenze entlassen, falls von Riga weiter Wladimir mit einer Abteilung Kaiserlicher Dragoner zurückgeführt werden. Da die Jäger sich der Entlassung widersetzen wollten, einigte man sich, sie befähigt nach Riga zu bringen. Ueber Riga werden sie in Schweden transportiert. Eine Kompanie oder befreiten sich die Jäger und entziehen wieder nach der Grenze. Ein paar Mann wurden in der Gegend von Langsoggen gefangen.

Im Kampf um Gott

Angeführt des Entrüstungsturnes, der nach den heftigsten Sozialistischen Religions- und Schulerlassen durch Deutschland brauste, hat die amtliche Sozialdemokratie es für richtig gehalten, einen schließlichen Rückzug anzutreten. Sämtlich mußte wieder gutmachen, was der Zehn-Gebote-Gottmann verbrochen hatte; die untrüglichen, jedes christliche Empfinden verletzenden Anordnungen des großen Feindes der Religion und der Grammatik wurden in aller Form zurückgezogen. Lustig war es zu sehen, daß gleichzeitig — also während die Unabhängigen zurückgezogen wider das Christentum antraten und sich dabei die Rollen klug ließen, und während die Weltrechtssozialisten sich und langsam im Winkel flanden, — daß gleichzeitig jenseits der ihnen verbündeten Demokraten alles getan wurde, um die demokratische Partei als wahrhaft christliche, religionsfreundliche hinzustellen. Zwar ging diese geradezu komisch wirkende Scheitel nicht von den demokratischen Zentralstellen aus, die wahrhaftig wenig Christliches an sich und in sich zu haben pflegen, aber auf dem Wege wurde unaufrichtig mit frommen Flugblättern, mit wunderbaren Neben von Kirchengelächter und christlicher Erziehung gearbeitet. Und nicht ohne Erfolg, denn es gelang, zahlreiche Gemüter einzufangen und zur Abgabe demokratischer Stimmzettel zu bewegen.

Kirche und Christentum haben ihre Schuldigkeit getan; die Demokratie aller Schattierungen schmeißt davon. Um so lebhafter aber rühren sich die Unabhängigen. Sie brauchen ihren Satz gegen den Glauben unserer Väter nicht aus Wohlgeraten und nicht um der Parteifähigkeit willen zu verfechten, und so lassen sie ihm denn freien Lauf. Anscheinend helfen ihnen die amtlichen Sozialdemokraten nach Möglichkeit bei der religionsfeindlichen Agitation. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist kürzlich darauf hingewiesen worden, daß man einen sozialdemokratischen gewählten Schullehrer jenseits, sein Mandat niederzulegen, weil er nicht für den Austritt der Kinder aus dem Religionsunterricht seiner Schule wirken wollte. Siegerzeit, als er zur Sozialdemokratie abgewandert, vor ihm dabei feierlich verprochen worden, daß er keine religiöse Überzeugung nicht zu opfern brauche. Dies nur ein unzulänglichste Beispiel von vielen. Wie weit wir insipidien gelangt sind, wie sinnlos die Maßnahme von heute gegen Gott und alles christliche Empfinden wüten, das erhellt am besten aus der Tatsache, daß sie in den Schulen nicht nur Gebete und Choräle verboten, sondern auch den Gehalt von Liedern, wie „Dem Gott will rechte Gerechtigkeit erweisen“ unterlag haben. Hätte sich das „flüchdelene alte System“ einer ähnlichen Gummientat schuldig gemacht, wie würde es dann von allen liberalen und sozialistischen Zeitungen mit Säbeln beisehenden Hohes überflossen worden sein! Nur ein völlig Gottverächter kann sich in seiner Abneigung von Gott und Religion an den schönsten Geben unserer Dichtung vergreifen.

Bis zu den nächsten Wahlen wird nicht mehr lange Zeit vergehen. Besonders die demokratische Partei, die ihre verhältnismäßig hohe Mandatzahl zum guten Teil der widerwärtigen Scheitel in Religionsangelegenheiten verdankt, wird dann empfindlich Farbe bekennen müssen. Das deutsche Volk wird sie darüber befragen, weshalb sie zwar in ihren Wahlkämpfen dauernd Christentum und Gott im Munde führt, tatsächlich aber mit den christentumsfeindlichen Sozialdemokraten Schlichter an Schlichter markiert. Es geht nicht an, daß Leute, die sich ihres Freiheitsfertums rühmen und wenn sie unter sich sind, für das „rückfällige Christentum“ nicht Wort genug haben, fromme Worte zum Himmel werfen, sobald sie die Gunt der Wählerkraft suchen. Wohin wir andererseits mit der Sozialistischen Religionsfeindlichkeit kommen, das hat am besten die Erregung im Rheinlande gezeigt, die sich zwar in Wahlkämpfen verhielt. Ein Deutsches Reich, das seinen christlichen Bewohnern die angefallene Religion rauben oder berauben will, muß rettungslos in Trümmern fallen. Wir werden bei den kommenden Wahlen unbedingt dafür zu sorgen, daß das altfrühliche Verprechen „Jeder darf nach seiner Passion leben“, auch im „aufgeklärten“ sozialistischen Staate bestehen bleibt. Man hat uns viel versprochen, hat uns durch die Revolution und den Verfall der Schwadronen zu einem unglücklichen, armen Volk machen können, unteren Klauen und unteren Gott lassen wir uns nicht rauben. Und wir werden das Schicksal, um zu verhindern, daß unsere Kinder in der Schule nicht mehr zu ihrem Götter denken dürfen, daß sie bereits in der Schule zu Gottesleugnern gemacht werden. H. N.

Der Haß der Sozialisten gegen die Religion. Im „Zeiger Volksboten“, der sich als „sozialdemokratisches Organ für den Reichsverband der Arbeitervereine“ bezeichnet, findet sich (Nummer vom 18. August 1919) unter Kasberg ein Verfallungsbericht, in dem es heißt:

Die Genossenschaft erlaubte die Anwesenheit, daß gegen Gebrauch von den ausliegenden Rifen betriebsfreiung der Kinder vom Religionsunterricht zu machen. Die Rifen liegen bei den Genossen Geseßel und Boia aus, ebenso auch die Austrittserklärung.

Das Provinzial-Autonomie-Gesetz

Der Ausbruch zur Vorbereitung des Gesetzeswerks über die Einwirkung der Provinzial-Verordnungen hat in seiner letzten Phase seine Arbeiten beendet. Dem Gesetz für die Bildung einer selbständigen Provinz Oberschlesien wurde ein neuer Paragraph hinzugefügt, nach welchem das Gebiet eines Kreises, welches sich als ein selbständiges Provinzialgebiet erweist, ein solches sein kann. Die Provinzial-Verordnungen werden durch das Gesetz unterbreitet angedeutet. Die Provinzial-Verordnungen werden durch das Gesetz unterbreitet angedeutet. Die Provinzial-Verordnungen werden durch das Gesetz unterbreitet angedeutet.

Die letzte Regierung befindet sich auf dem Höhepunkte, wenn man glaubt, auf der einen Seite nicht nur die Provinzial-Verordnungen, sondern vor allem das alte Preußen werden zu einem und auf der anderen Seite dazu zurecht, die Provinzial-Verordnungen zu bestehen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der nicht nur die Provinzial-Verordnungen, sondern vor allem das alte Preußen werden zu einem und auf der anderen Seite dazu zurecht, die Provinzial-Verordnungen zu bestehen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der nicht nur die Provinzial-Verordnungen, sondern vor allem das alte Preußen werden zu einem und auf der anderen Seite dazu zurecht, die Provinzial-Verordnungen zu bestehen.

Öffentlichungen geplant. Aus dem Vorhande sind zwei Mitglieder durch den Tod, Oberbürgermeister Dr. Ad. v. Königsberg und Konstituierender Dr. v. Dörmann. Woburg, sowie zwei weitere Mitglieder, die sich dem Ausscheiden ausgedrückt haben. Arbeiterleiter Franz v. Bredow, Berlin und Wandarbeiter Dr. Freiber v. Bredow in München. An ihrer Stelle wurden gewählt: Krüger v. Bredow, Königsberg, Arbeiterleiter der Oligo-Präsidenten, Dr. Robert v. Bredow, Wandarbeiter der Wandarbeiter, Berlin, Wandarbeiter v. Bredow, Berlin und Wandarbeiter v. Bredow, Berlin.

Der Mittelstand hat im kommenden Jahre ein sehr wichtiges Ereignis zu erwarten, die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung. Die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung sind die wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres. Die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung sind die wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres.

Die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung sind die wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres. Die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung sind die wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres. Die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung sind die wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres.

Die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung sind die wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres. Die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung sind die wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres. Die Erneuerung des deutschen Reiches und die Erneuerung der deutschen Verfassung sind die wichtigsten Ereignisse des kommenden Jahres.

Sehr entnehmen. Umfangreiches Interesse verdient sich auf die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist. Die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist. Die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist.

Die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist. Die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist. Die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist.

Die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist. Die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist. Die wirtschaftliche Unternehmung, die ebenfalls bei sehr erheblichen Aufwendungen zu erwarten ist.

Provinz Sachsen

Die Luther-Gesellschaft hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten. Die Luther-Gesellschaft hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten.

Volkswirtschaft

Die Volkswirtschaft hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten. Die Volkswirtschaft hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten.

Wetterbericht

Der Wetterbericht hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten. Der Wetterbericht hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten.

Goldmarkt und Banken

Der Goldmarkt hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten. Der Goldmarkt hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten.

Wetterbericht

Der Wetterbericht hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten. Der Wetterbericht hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten.

Wetterbericht

Der Wetterbericht hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten. Der Wetterbericht hat am 7. Oktober, unter Leitung ihres Vorsitzenden Geheimrat Dr. Guden, eine 1. Jahresversammlung in Wittenberg abgehalten.

RA die beste Lampe

